

Leitfaden zum Umgang mit dem Auftauchen von NPD-Materialien im Unterricht

Die „**Nationaldemokratische Partei Deutschlands**“ (**NPD**) ist eine rechtsextremistische Organisation und verfolgt Ziele, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind. Ihre Jugendorganisation heißt „**Junge Nationaldemokraten**“ (**JN**). Beide sind verfassungsfeindlich und rechtmäßig so zu bezeichnen.

Im Juli 2007 hat die NPD angekündigt, zu Beginn des kommen Schuljahres eine JN-Schülerzeitung vor brandenburgischen Schulen verteilen zu wollen. Derartige Publikationen sind bekannt aus den Bundesländern Saarland sowie Rheinland-Pfalz. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass eine solche Zeitung auch in Brandenburg erscheint. Ebenso kursieren so genannte „Schulhof-CDs“, die ebenfalls Bezüge zur NPD aufweisen können.

Da sich JN und NPD seit einiger Zeit bemühen, ihr rechtsextremistisches Wesen unter einem bürgerlichen Anstrich zu verstecken, kann sich das Auftauchen dieser Schülerzeitung im Unterricht als pädagogische Herausforderung für Sie darstellen. Selbiges gilt für die „Schulhof-CDs“. Deshalb wurde dieser Leitfaden für Sie entwickelt. Er soll Ihnen eine sachkundige Hilfestellung bieten, um sich rasch auf eine solche Situation einzustellen.

Dieser Leitfaden umfasst:

1. **Hintergrund zu „Junge Nationaldemokraten“ (JN)**
2. **Eindeutig extremistische Zitate von JN und NPD**
3. **Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung**
4. **Als Anlage die Kopie einer NPD-Schülerzeitung aus dem Saarland**

Es wäre ratsam, im Unterricht zunächst die Zitate von NPD- bzw. JN-Aktivisten zu behandeln, die Ihnen mit diesem Leitfaden zur Verfügung gestellt werden. Denn diese Zitate sind nach ihrer offenkundigen extremistischen Eindeutigkeit ausgewählt. Über diese Zitate lassen sich dann etwaige NPD- bzw. JN-Publikationen entlarven. Im Anschluss daran (oder parallel dazu) kann der Kern unseres Grundgesetzes – die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ (fdGo) – mit den Schülern erörtert werden. So lässt sich ein positives Kontrastprogramm zum Extremismus entwickeln.

1. Hintergrund zu den „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

„Junge Nationaldemokraten“ (JN) sind die Jugendorganisation der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Die JN wurden 1969 gegründet. Zu diesem Zeitpunkt hatte die in der Bundesrepublik 1964 gegründete NPD einige Landtagswahlerfolge vorzuweisen. Bei den Bundestagswahlen 1969 scheiterte sie schließlich knapp an der Fünfprozenthürde, zog von da an über Jahrzehnte in keinen Landtag mehr ein und schrumpfte zur Splitterpartei. Erst mit der 2004er Landtagswahl in Sachsen und mittlerweile auch in Mecklenburg-Vorpommern konnte die NPD an ihre Ergebnisse der 60er Jahre anknüpfen.

In den siebziger Jahren war der spätere NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert JN-Bundesvorsitzender. In den neunziger Jahren wurden die JN von Holger Apfel geleitet. Apfel ist jetzt Vorsitzender der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei. Seit 2002 ist Stefan Rochow Bundesvorsitzender der JN und auch Mitglied im Parteivorstand der NPD.

Die JN publizieren für ihre rund 350 Mitglieder die Zeitschrift „Der Aktivist“; ihre weitere Zeitschrift „Der Frontdienst“ erscheint nur unregelmäßig. Da sich die NPD mit ihren Strukturen mittlerweile nach Ostdeutschland erstreckt, sitzt die JN-Bundesgeschäftsstelle seit 1997 in Dresden. Nach eigenen Angaben unterhalten die JN in Brandenburg lediglich in Cottbus einen so genannten „Stützpunkt“. Jedoch sind sie dabei, ihre Strukturen weiter auszubauen.

Laut Satzung der NPD sind die JN „*integraler Bestandteil*“ der Partei. Leitspruch der JN ist: „*Ein revolutionärer Geist, eine sozialistische Idee, eine deutsche Jugend!*“. Faktisch nehmen die JN eine Scharnierfunktion zwischen der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene und der NPD wahr.

Sollten Sie weitere Informationen zu NPD und JN suchen, dann lohnt sich der Besuch bei Wikipedia unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Nationaldemokratische_Partei_Deutschlands

Zusätzliche Informationen zu Musik, Symbolen und Inhalten des Rechtsextremismus finden sie hier: <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.337054.de>

Eine umfangreiche Linkliste zum Thema hier:

<http://www.tolerantes.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.281883.de>

2. Extremistische Zitate von JN und NPD

Vorbemerkung: Antworten auf Fragen und Probleme unserer modernen Gesellschaft sind meist nicht einfach zu finden. Denn es gibt immer unterschiedliche Interessen und Ansichten. Der Demokrat stellt sich dem, der Extremist tut dies nicht. Extremisten von links und rechts streben immer nach einfachsten und damit immer nach falschen Antworten. Extremisten interessieren sich nicht für andere Meinungen. Demokratische wie rechtsstaatliche Abläufe sind nicht ihre Sache. Und hier liegt die Gefahr. Sie wollen ihre Meinung rücksichtslos gegen Andersdenkende durchsetzen. Mit Unterdrückung und Willkür funktionieren Diktaturen. Folgende Zitate legen den extremistischen Charakter von NPD und JN offen.

a. Ausländerfeindliches NPD-Zitat:

„Wir sind keine ausländerfeindliche sondern eine einwanderungsfeindliche Partei. Gegen Türken in der Türkei haben wir nichts. Aber wir wenden uns entschieden gegen Einwanderung, Überfremdung und Landraub in Deutschland.“
(Quelle: NPD, „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“)

Argumente dagegen:

- Zu jeder Zeit in der Menschheitsgeschichte hat es Wanderungsbewegungen gegeben. Was wir heute als „deutsch“ kennen, ist nichts anderes, als das Ergebnis solcher Wanderungsbewegungen und der daraus entstandenen Kulturentwicklung.
- Daher leben heute auch im Ausland Millionen Deutsche und Deutschstämmige.
- Ebenso haben Millionen Deutschsprechende eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit.
- Und deshalb ist es völlig normal, dass Ausländer bei uns leben.
- Von hundert Brandenburgern kommen bis jetzt gerade einmal zwei aus anderen Ländern.
- Die Kulturen der Ausländer sind eine Bereicherung für uns – schon bei so einfachen Dingen wie dem Essen fängt das an.
- Viele Wirtschaftszweige in Deutschland würden zusammenbrechen, wenn plötzlich alle Ausländer weg wären. Unsere Wirtschaft ist auf sie angewiesen. Sie tragen in Deutschland zu unserem Wohlstand bei.
- Unser Wohlstand ist auch abhängig vom Ausland und damit von Ausländern. Unsere Wirtschaft exportiert (2005: 786,1 Milliarden Euro) mehr Waren ins Ausland, als von dort importiert werden (2005: 625,6 Milliarden Euro). Dieser Überschuss betrug 2005 mehr als 160 Milliarden Euro. Deutschland kann also nicht ohne Ausland und Ausländer leben. Denn dort werden unsere Produkte gekauft.

b. Rassistisches NPD-Zitat:

„Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich wie lange sie in Deutschland leben.“

(Quelle: NPD, „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“)

Argumente dagegen:

- Menschen sind überall gleich, auch wenn sie je nach Herkunft unterschiedlich aussehen können. Sie werden überall in der Welt mit den selben biologischen Anlagen geboren. Und alle haben deshalb die selben Menschenrechte. Nur die Kulturen (z.B. Sprachen, Essen, Kleidung, Religionen) unterscheiden sich. Kultur besteht aber aus Eigenschaften, die Menschen erst nach der Geburt erlernen. Biologie und Kultur haben also nichts miteinander zu tun.
- Die NPD betrachtet Menschen aus anderen Ländern als minderwertig und bezeichnet sie als „Fremdkörper“. Im Nationalsozialismus des Dritten Reichs führte diese Auffassung zur industriellen Vernichtung von Menschen, weil man ihnen das Menschsein und damit die Rechte absprach.
- Im Übrigen kann es eine „deutsche Erbanlage“ biologisch schon deshalb nicht geben, weil Deutsche ja selbst das Ergebnis von Wanderungsbewegungen und damit verbundener Vermischung sind.

c. JN-Zitate zur Anknüpfung an das nationalsozialistische Dritte Reich:

„Wir wissen, dass unser Volk in dieser BRD keine Zukunft haben kann! Wir bauen unser Reich auf den Trümmern dieses Systems.“

(JN-Zeitschrift „Jugend-wacht“, 4/2003)

„Unser Ziel ist die Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches, um wieder Herr unserer eigenen Dinge zu werden.“

(JN-Zeitschrift „Jugend-wacht“, 2/2003)

Argumente dagegen:

- Das nationalsozialistische Dritte Reich war eine Diktatur ohne Menschenrechte, ohne freie Wahlen, ohne Gewaltenteilung, ohne Meinungsfreiheit, ohne Rechtsstaat, ohne Pressefreiheit und ohne unabhängige Justiz. Deshalb hatte es keine Zukunft.
- Das Dritte Reich überfiel seine Nachbarn und überzog Europa mit Krieg und unendlichem Leid. Seinen Untergang führte es selbst herbei.
- Der Zweite Weltkrieg kostete etwa 40 Millionen Menschen in Europa und weiteren 15 Millionen in Asien das Leben.
- Deutschland, Europa und viele andere Länder lagen 1945 in Trümmern.
- Menschen wie Juden, Homosexuelle, Sinti und Roma, Demokraten sowie Geistliche wurden verfolgt. Millionen wurden in Vernichtungslagern industriell ermordet.

- Ein demokratischer Rechtsstaat schützt die Menschen vor Willkür und Gewalt. Und er garantiert Freiheit. Deshalb heißt es im Grundgesetz, Artikel 1, Absatz 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“
- Im 1999er Vertrag von Amsterdam über die Europäische Union heißt es, dass die EU als ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu erhalten und weiterzuentwickeln ist.

d. NPD-Zitat zur angeblichen Fremdbestimmung:

„Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung für deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht.“
(Parteiprogramm der NPD, Präambel)

Argumente dagegen:

- Deutschland ist ein souveräner Staat mit einem souveränen Volk und einer souveränen Regierung. Wir Deutschen entscheiden in demokratischen Wahlen über unser eigenes Schicksal.
- Gemeinsam mit den anderen Völkern Europas bestimmt Deutschland Europas Zukunft.
- Deutschland ist also vollständig selbstbestimmt.
- Deutschland teilt Wohlstand und Freiheit mit anderen.
- Deutschland ist weder isoliert noch egoistisch.
- Wir leben im freiesten Deutschland, das es jemals gab. Genau das will die NPD ändern. Sie will eine Diktatur aus Willkür und Angst errichten.

e. NPD- und JN-Bekenntnis zur nationalsozialistischen Waffen SS:

Die NPD bekennt sich zur Waffen SS, denn „die Waffen SS war eine Eliteformation deren Tapferkeit und Ritterlichkeit selbst von vielen Kriegsgegnern immer wieder betont wurde.“
(JN-Zeitschrift „Jugend-wacht“, 2/2003)

Argumente dagegen:

- Die Waffen SS gilt nur in rechtsextremistischen Kreisen als militärische Eliteeinheit.
- Militärische Eliten begehen jedoch keine Kriegsverbrechen.
- Aber die Waffen SS war in vielfältiger Form an schwersten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkriegs beteiligt.
- So hat sie zum Beispiel aktiv die Judenvernichtung, die Erschießung Kriegsgefangener und die Ermordung weiterer betrieben. Vor dem Mord an Frauen, Kindern und Alten schreckte die Waffen SS nicht zurück.
- Organisationen, die so handeln, sind nicht tapfer, ritterlich oder ehrenvoll. Im Gegenteil: Sie sind feige, brutal und unmenschlich.

- Die Waffen SS wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als verbrecherische Organisation eingestuft.
- Wer sich wie NPD und JN zur Waffen SS bekennt, bekennt sich zu den schlimmsten Verbrechen, die je in deutschem Namen begangen wurden.

3. Die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ (fdGo)

Die „*freiheitliche demokratische Grundordnung*“ (fdGo) bildet den Kernbestand unseres Grundgesetzes (GG). Dort wird sie an verschiedenen Stellen genannt. Unter anderem heißt es:

- **Artikel 18:** „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16 Abs. 2) zum Kampfe gegen die *freiheitliche demokratische Grundordnung* mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“
- **Artikel 21, Absatz 2:** „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die *freiheitliche demokratische Grundordnung* zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“

Hinzu kommen Hinweise auf die „*verfassungsmäßige Ordnung*“:

- **Artikel 2, Absatz 1:** „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die *verfassungsmäßige Ordnung* oder das Sittengesetz verstößt.“
- **Artikel 9, Absatz 2:** „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die *verfassungsmäßige Ordnung* oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“

Zusätzlich sieht das Grundgesetz vor, dass seine zentralen Vorgaben in Artikel 1 und 20 nicht angetastet werden dürfen (Ewigkeitsklausel). Letztendlich wird die *freiheitliche demokratische Grundordnung* aus diesen beiden Artikel in Verbindung mit Artikel 79, Absatz 3 abgeleitet:

- **Artikel 1, Absätze 1, 2 und 3:** (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der

Welt. (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

- **Artikel 20, Absätze 1, 2, 3 und 4:** (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden. (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.
- **Artikel 79, Absatz 3:** „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

1952 und 1956 wurden in der Bundesrepublik Deutschland die „Sozialistische Reichspartei“ und die „Kommunistische Partei Deutschlands“ auf Basis von Artikel 21, Absatz 2 durch das Bundesverfassungsgericht verboten. Hierbei konkretisierte das Bundesverfassungsgericht, was die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ beinhaltet:

1. **Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten,**
2. **der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,**
3. **die Volkssouveränität**
4. **die Gewaltenteilung**
5. **die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung**
6. **die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung**
7. **die Unabhängigkeit und Rechtsbindung der Gerichte,**
8. **das Mehrparteiensystem,**
9. **die Chancengleichheit aller politischen Parteien,**
10. **das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.**

Parteien oder sonstige Vereinigungen, die Teile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnen und diese zu untergraben versuchen, sind extremistisch. Gehen die Parteien dabei aggressiv-kämpferisch vor, können sie vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Vereine können über das Vereinsrecht verboten werden.

4. Kopie einer NPD-Schülerzeitung aus dem Saarland als Anlage



Rechts vor Links



Endlich ist sie da!

Wir lassen uns von diesem System nicht länger unterdrücken!



Frank Franz
Initiative „Rechts vor Links“

Es läuft vieles falsch in unserer geliebten Heimat!

Eine ganze Generation junger Deutscher wird heute von den Herrschenden in unserem Land auf das Abstellgleis geschoben: Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Masseneinwanderung, Sozialabbau, Hochverschuldung, Gewalt, Drogen- und Alkoholmißbrauch prägen viel zu oft das Leben junger Deutscher. Eine Besserung ist nicht in Sicht!

Nur eine nationale Wende kann der Jugend eine Zukunftsperspektive bieten! Jedem Deutschen muß heute klar sein, daß eine Fortführung der von diesem System praktizierten Politik unweigerlich zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen führen wird. Es ist daher gerade an der deutschen Jugend, sich diesem Wahnsinn entgegenzustellen und Alternativen zu schaffen.

Wir lassen uns unsere Heimat nicht wegnehmen!

Endlich ist sie da! Die erste Ausgabe von „Rechts vor Links“ – der nationalen Schülerzeitung im Saarland.

In unserer Zeitung haben „Political Correctness“, linkes Gesülze und Gutmenschen-Rhetorik nichts zu suchen. Unser Motto lautet: „Vorfahrt für Meinungsfreiheit“. Wir nennen die Dinge beim Namen und bringen damit auch den letzten Pauker auf die Palme.

Viel zu lange schon wird an saarländischen Schulen anti-deutsche Hetze betrieben.

Die Landesregierung, allen voran „unsere“ Innenministerin Annegret Kramp(f)-Karrenbauer, verpulvert Unmengen an Steuergeldern für schwachsinnige Anti-Rechts-Kampagnen und fördert so linkskriminelle Antifa-Gruppen, während genau dieses Geld in den Schulen fehlt.

Die Politiker schwadronieren von „Wölfen im Schafspelz“ und versuchen, junge nationale Deutsche zu kriminalisieren. Dabei sind sie es, die die deutsche Jugend verraten und verkauft haben. Nach der PISA-Studie behaupteten unsere „Volksvertreter“, die deutsche Jugend sei dumm, dabei haben sie es zu verantworten, daß in Klassenzimmern kaum noch ein Wort deutsch gesprochen und da-



mit jede Lernatmosphäre im Keim erstickt wird.

Doch anstatt die Probleme der jungen Leute ernstzunehmen und ihnen durch eine nachhaltige Familien- und Arbeitsmarktpolitik entgegenzusteuern, wird das Opfer dieser volksfeindlichen Politik, die deutsche Jugend, von einer selbstherrlichen Politikerkaste selbst zur Ursache des Problems abgestempelt und bei jeder Gelegenheit schlechtgemacht. Anstatt die eigene Jugend in die deutsche Volksgemeinschaft zu integrieren, werden lieber Fremde in eine multikulturelle Gesellschaft auf deutschem Boden integriert. Hier zeigt sich in erschreckender Deut-

lichkeit, was den Etablierten die eigene Jugend wert ist.

Damit muß endlich Schluß sein! Es ist Zeit, daß die saarländische Jugend aufsteht und selbstbewußt sagt:

Es reicht! Wir lassen uns nicht länger von diesem System verarschen!

Arbeitet aktiv bei uns mit! Schickt uns selbst verfaßte Artikel und Karikaturen! Schreibt uns, was Euch stinkt!

Rechts vor Links: jung, frech, provokant, 100%ig politisch unkorrekt und garantiert frei von linkem Gesülze.



Wußtest Du schon?

► daß laut Art. 30 der Saarländischen Verfassung »die Jugend [...] in der Liebe zu Heimat Volk und Vaterland [...] zu erziehen« ist?

Quelle:

Art. 30 der Saarländischen Verfassung, Amtsblatt Seite 1077

► daß allein im Jahre 2005 rund 124.000 ungeborene Kinder in den Müll geworfen wurden?

Quelle:

www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/p1080093.htm

► daß nur 0,9 % aller Asylbewerber tatsächlich politisch verfolgt sind?

Quelle:

www.bamf.de

► daß die Bundesrepublik Deutschland bis 2004 über 62 Milliarden Euro Wiedergutmachungszahlungen geleistet hat?

Quelle:

<http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Archive/Dokumente/2006/04/statistik.htm>

► daß Deutschland mit unzähligen Staaten Sozialversicherungsabkommen geschlossen hat, wonach Angehörige (etwa auch die Großeltern) eines in der BRD arbeitenden Ausländers in ihrem Heimatland auf deutsche Kosten mitversichert sind?

Quelle:

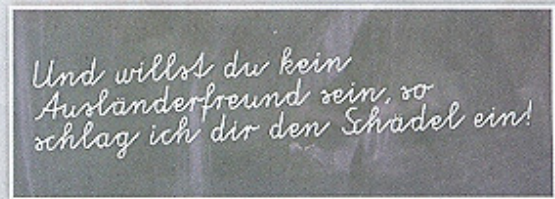
<http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Archive/Dokumente/1999/10/krankenabkommen.htm>

Am Pranger der Jugend!

Oberstudiendirektor will Schüler zwangs-umerziehen.

Eines von vielen Beispielen für die unerträgliche Verhöhnung der deutschen Jugend durch diesen Staat bietet das „Technisch-gewerbliche und Sozial-pflegerische Berufsbildungszentrum Neunkirchen“, das von Herrn Oberstudiendirektor Wilhelm Rath geleitet wird. Dort müssen die Schüler neuerdings eine Vereinbarung unterschreiben, in deren § 3 es wörtlich heißt: „Ich will auch offen für Neues, Ungewohntes sowie andere Menschen und Kulturen sein und dies als Bereicherung und Vielfalt in meinem Zusammenleben mit anderen begreifen.“

Offensichtlich sollen saarländische Schüler mittlerweile schon per Schulvertrag zur kritiklosen Übernahme der Multi-Kulti-phantasien von unbelehrbaren Alt-68er-Le(e)hrkörpern gezwungen werden. Unsere Schüler müssen allen Ernstes unterschreiben, daß sie die Anwesenheit genau derjenigen



Personen als „Bereicherung“ empfinden, die ihnen bei jeder Gelegenheit mit staatlichem Segen die sprichwörtliche Butter vom Brot nehmen und so ihre Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt gegen Null gehen lassen.

Bezeichnenderweise unterschreiben die Schüler im § 2 dieser Vereinbarung, für eine „Atmosphäre der Meinungsfreiheit“ in ihrer Bildungsanstalt einzutreten. Ach, tatsächlich? Meinungsfreiheit an bundesrepublikanischen Schulen – das klingt etwa so wie „Achtung der Menschenrechte in Guantanamo“ oder „Vertretung deutscher Interessen im Bundestag“. Man darf auf die Reaktion

der Schulleitung gegenüber solchen Schülern gespannt sein, die mit Verweis auf eben diese Meinungsfreiheit ihr Signum unter eine solch schwachsinnige Vereinbarung verweigern, weil sie die Landnahme durch raum- und kulturfremde Zivilokkupanten in deutschen Klassenzimmern weniger als Bereicherung, denn eher als Zumutung ansehen.

Wir können dem Oberstudiendirektor Rath nur den guten Rat geben, mit diesem Unfug schnellstmöglich aufzuhören und die ihm anvertrauten Schüler nicht länger derartig politisch zu beeinflussen.

Klare Forderungen gegen den PISA-Schock.

Endlich wieder deutscher Unterricht an deutschen Schulen!

Die Klassenzimmer an deutschen und insbesondere auch an saarländischen Schulen werden zunehmend von Multi-Kulti und Fremden geprägt. Man hat das Gefühl, die Schulen stünden miteinander im Wettbewerb, wer in seinen Klassen die lustigsten und buntesten Gesichter aus allen Herren Ländern hat. Zweifellos belegt das Saarland in diesem Wettbewerb einen der vordersten Ränge.

In unseren Klassen, gerade an Haupt- und Realschulen, herrscht ein regelrechter



Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land!

Krieg zwischen den Kulturen, der immer öfter auch offen auf der Straße ausgetragen wird. In den vordersten Reihen der Klassenzimmer sitzen die Fremden, weil Sie „nix verstehn“. Wir deutschen Jugendlichen sitzen hinten,

weil wir ja Rücksicht auf die Fremden nehmen müssen. Aber was passiert da eigentlich mittel- und langfristig? Ganz einfach: die Fremden scheinen, daß belegt ja die Vergangenheit, nicht schlauer zu werden und wir deutschen Schüler verblöden regelrecht, weil der Unterricht, wegen der Rücksichtnahmen auf die Fremden, immer flacher und inhaltsloser wird.

Das mag im ersten Moment lustig sein, weil der Unterricht so schön einfach ist.

Fortsetzung auf Seite 3 oben >>



Toleranz um jeden Preis?

Ist jeder ein Ausländerfeind, der sein Land liebt?

Im Vorfeld unserer redaktionellen Tätigkeit wurden wir oft gefragt, ob wir ausländerfeindlich oder rechtsradikal wären.

Rechtsradikal? Was ist das eigentlich? Wörter wie rechtsradikal, rechtsextrem, antisemitisch sind nichts weiter als Worthülsen, die nichts aussagen. Sie werden von der herrschenden Politiker-Kaste genutzt, um Normaldenkende zu diffamieren und mundtot zu machen.

Nationale Menschen sollen kriminalisiert werden, damit die Jugend, welche die Richtigkeit unserer Forderungen längst erkannt hat, nicht mit uns in Kontakt kommen soll. Daher auch unsere neue Schülerzeitung, in der wir

euch nicht mit Multi-Kulti, falscher Toleranz und all der anderen „political correctness“ vollstopfen.

Ihr könnt ja selbst entscheiden.

Ist es ausländerfeindlich, wenn wir Ausbildungsplätze zuerst für Deutsche fordern? Oder wenn wir sagen, daß Deutschland unsere Heimat ist? Ist es falsch, wenn wir fordern, daß deutsche Politiker zuerst die Interessen von uns, der deutschen Jugend zu vertreten haben?

Das ist nicht falsch und auch

nicht ausländerfeindlich. Wir vertreten lediglich unsere Interessen. Unsere Lebensinteressen. Wir haben es einfach satt, daß Ali und Mehmet mit einem 3er BMW durch die Gegend fahren und wir keine Lehrstellen finden.

Wir sind nicht ausländerfeindlich, sondern inländerfreundlich. Für die Interessen der Fremden setzen sich doch alle anderen ein. Es muß sich endlich auch einmal jemand für die Interessen von uns deutschen Jugendlichen einsetzen. Diese Aufgabe möchten wir mit unserer Schülerzeitung übernehmen, oder zumindest anstoßen. Sonst haben wir bald Verhältnisse wie in französischen Vorstädten.

Wir freuen uns auch über jede gute Idee und Mitarbeit. Jeder kann sich melden, Artikel für unsere Schülerzeitung schreiben und mit uns in Kontakt treten.

Für die deutsche Jugend!



>> Fortsetzung von Seite 2

Die Folge davon ist aber, daß wir Deutschen auf dem Arbeitsmarkt mit immer schlechteren Noten und immer weniger Wissen keine Chance mehr haben. Immerhin hat der Ex-Bundespräsident Roman Herzog einmal gesagt, die deutsche Jugend sei zu blöd.

Daher fordern wir:

- ▶ Getrennte Schulklassen für Deutsche und Fremde
- ▶ Kostenlose Schul- und Hochschulausbildung
- ▶ Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein - der Bildungsweg muß sich an der Leistungsfähigkeit festmachen
- ▶ Einen, auf die Realität und Notwendigkeit zugeschnittenen Lehrplan.
- ▶ Schluß mit dem Schuld-Kult und der Vergangenheitbewältigung
- ▶ Wir deutschen Schüler haben ein Recht auf ordentliche Bildung und Ausbildung

Verbotene Früchte schmecken am besten!

Sie ist wieder da, die berühmte Schulhof-CD. Mit neuen Liedern und Provokations-Garantie!

Unsere Sprache ist nicht die Lügenrede im Fernsehen, sondern das freie Wort und das freie Lied. Hört doch einfach mal rein.

Mit dem Infogutschein könnt ihr ein Exemplar der CD bestellen.



Fordern Sie noch heute den aktuellen Gesamtkatalog 2007 des DS-Verlages an!

Auf 124 Seiten warten ein umfassendes Buchangebot, aber auch viele aktuellpolitische wie zeitgeschichtliche Videos und DVDs auf Sie. Ferner erhalten Sie ausführliche Informationen über unser aktuelles Tonträgerangebot (u.a. historische Tondokumente, Schlager, Märsche, Klassik, Balladen), Wand- und Raumschmuck (u.a. hochwertige Plakate und Kunstdrucke, Kupferstiche, Büsten, Fahnen), Fahrt-, Ausrüstungs- und Bekleidungsartikel, Schmuck u.v.m.

Bestellen Sie noch heute das umfangreiche Informationspaket des Deutsche Stimme Verlages gegen eine Schutzgebühr von 5,00 Euro (Ausland 10,00 Euro).

Es beinhaltet unseren umfangreichen Gesamtkatalog, unser Rechtsrockprogramm „Pöhses Liste“ und eine aktuelle Ausgabe der Monatszeitung Deutsche Stimme (DS). Bei Anforderung unseres Kataloges erhalten Sie einen Gutschein in der vollen Höhe der Schutzgebühr. Den Gutschein können Sie bei einer Bestellung einlösen.



Noch schneller gehts im Weltnetz.

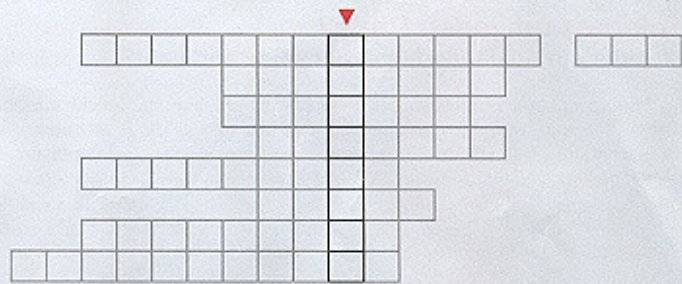
Sie finden in unserem Sortiment fast 3.000 Artikel, werden umfassend informiert und können rund um die Uhr einkaufen. Unser Versand präsentiert sich in übersichtlich gestalteter Form und ist einfach zu bedienen.

Deutsche Stimme Verlag

Postfach 10 00 68

01571 Riesa

www.deutsche-stimme.de



1. Wahrzeichen Berlins
2. Berühmter deutscher Dichter (nicht Goethe, sondern ...)
3. Deutsche Stadt, die am 13. Februar 1945 dem alliierten Bombenterror zum Opfer fiel
4. Von Polen verwaltete Provinz in Ostdeutschland
5. Dort gibst Du am Wahltag Deine Stimme ab
6. Er schuf die Hartz-Gesetze: Peter ...
7. Name eines deutschen Kaisers
8. Landeshauptstadt des Saarlandes

Alex ...Meinungsfreiheit eine Farce



**Nicht mit uns!
Für Meinungsfreiheit -
Gegen Denk- und
Sprechverbote!**

ANTWORT- UND INFOGUTSCHEIN

Ausschneiden und einsenden an: JN Saarland, Postfach 10 19 60, 66309 Völklingen

Vorname

Name

Straße

PLZ / Ort

ePost

Telefon Alter

- Ich möchte mich an der Schülerinitiative „Rechts vor Links“ beteiligen.
- Ich möchte ein Exemplar der Schulhof-CD haben (3 x € 0,55 in Briefmarken liegen bei).
- Ich möchte das Infomaterial der Schülerinitiative „Rechts vor Links“ regelmäßig per ePost erhalten.

Rätsellösung:



V.i.S.d.P.: Frank Franz, Seelenbinderstr. 42, 12555 Berlin - E.I.S.